

Zeit zu gehen

Sahel Die Militärmission in Mali ist gescheitert. Die Bundeswehr sollte es so machen wie kürzlich in Afghanistan: Abziehen

■ Hans-Georg Ehrhart

Die vor Tagen teils schwer verletzten Bundeswehrosoldaten waren nicht die ersten deutschen Opfer eines Einsatzes, dessen Zweck immer mehr Beobachter bezweifeln. Vor vier Jahren starben bei einem Hubschrauberabsturz zwei deutsche Soldaten in Mali, die gleichfalls für die UN-Mission MINUSMA im Einsatz waren. Experten warnen längst vor einem „neuen Afghanistan in der Sahelzone“.

Warum ist die Bundeswehr überhaupt vor Ort? Die Regierung Merkel führt in der Regel drei Gründe an: Antiterrororkampf, Erhalt einer staatlichen Mindestordnung in Mali wie den Nachbarstaaten, zudem müsse man die Migration eindämmen. Mit prompter Regelmäßigkeit verlängert eine Mehrheit im Bundestages das Mandat und tut so, als würden mit der Mission die genannten Ziele erreicht – das Gegenteil ist der Fall.

Das Aktionsfeld wächst

Als Frankreich 2013 beschloss, in Mali zu intervenieren, sollten die den Norden des Landes beherrschenden Dschihadisten vertrieben und die territoriale Integrität bewahrt werden – danach war an die UNO als Stabilisator gedacht. Doch die Lage entwickelte sich anders, da sich die zunächst militärisch besiegten Dschihadisten neu organisierten und ihr Aktionsfeld auf die gesamte Sahelregion ausdehnten, worauf Frankreich mit der „Operation Barkhane“ reagierte. Inzwischen muss man feststellen, dass sich die terroristischen Anschläge in der Region vervielfacht haben. Die Zahl der durch politische Gewalt Getöteten stieg zwischen 2015 und 2020 in Mali von 400 auf fast 3.000, in Burkina Faso von null auf über 2.000, in Niger auf über 1.000. Verantwortlich dafür sind nicht allein Terroristen, ebenso Kriminelle, einheimische Sicherheitskräfte und ausländische Soldaten. Trotz einiger taktischer Erfolge ist der militärisch gestützte Antiterrororkampf im Sahel klar gescheitert.



Es ist Zeit für ein neues Konzept, das den Menschen in der Sahelzone auch wirklich hilft

Frankreich verlor 55 Soldaten, die jährlichen Kosten der Operation liegen mittlerweile bei knapp einer Milliarde Euro. Erkennbar ernüchtert kündigte Präsident Macron daraufhin jüngst an, er wolle „Barkhane“ beenden. Erst im Vorjahr hatte er – ähnlich wie Barack Obama einst in Afghanistan – das Kontingent um 550 auf über 5.000 Einsatzkräfte verstärkt. Ersetzen soll sie nun die Task Force „Takuba“: 600 Spezialkräfte aus Frankreich (300) und anderen EU-Staaten (300). Dieses Korps soll mit einer reorganisierten malischen Armee den Antiterrororkampf weiterführen. Deutschland – bislang weder an „Barkhane“ noch an „Takuba“ direkt beteiligt – hat ein sicherheitspolitisches Establishment, das nicht absteits stehen will.

Warum? Weil das malische Militär innerhalb von neun Monaten zweimal geputscht hat? Die korrupte Regierung ist zwar nicht mehr im Amt, aber durch ebenso korrupte

Offiziere ersetzt worden. Damit ist das Vorhaben, das malische Verteidigungsministerium und dessen Streitkräfte zu beraten, wie es das Mandat der EU-Trainingsmission vorsieht, eigentlich hinfällig. Die Bundeswehr ist bei diesem Einsatz mit 600 Soldaten beteiligt. Welchen Sinn hat der noch, wenn man bedenkt, dass der Fisch vom Kopf her stinkt?

An MINUSMA, der UN-Stabilisierungsmission in Mali, ist die Bundeswehr mit 1.100 Militärs beteiligt, zweifellos der derzeit größte und gefährlichste Blauhelmeinsatz. 13.000 Blauhelme und 2.000 UN-Polizisten bemühen sich bisher vergeblich darum, ein Land zu stabilisieren, das doppelt so groß ist wie Afghanistan. Laut Human Rights Watch hat sich die humanitäre und politische Lage in Mali dramatisch verschlechtert. Die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und politischer Stabilität liegt nach dem zweiten Putsch in weiter

Ferne. Eine ganze Region ist instabil – im Niger konnte ein Putsch noch gerade verhindert werden, im Tschad ist nach dem Tod von Präsident Idriss Débi eine Militärregierung an die Macht gekommen, geführt von seinem Sohn. Steigende Infektionszahlen bei Covid-19 tun ein Übriges.

2,9 Millionen Vertriebene

Die Migration aus Afrika einzudämmen, das zählte ursprünglich nicht zur Agenda für den Einsatz in Mali. Nach der Flüchtlingskrise 2015 sollte dieses Ziel aber zusätzliche Legitimation verschaffen, doch haben Not und Gewalt im Vorjahr allein in Mali 40.000 Menschen in die Flucht getrieben. In der zentralen Sahelzone mit den Staaten Niger, Mali, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien befinden sich mehr als 2,9 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten davon als Binnenvertriebene.

Es ist erstaunlich, dass angesichts des dreifachen Scheiterns einer seit jeher fragwürdigen Mission CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne für ein fortgesetztes militärisches Engagement in Mali plädieren. Dies erinnert frappant an den Fall Afghanistan, bei dem es fast 20 Jahre dauerte, bis man vollends begriff, worauf man sich eingelassen hatte. Während dort die USA Richtung Abzug wiesen, bleibt zu hoffen, dass es im Sahel Frankreich sein wird. Besser wäre es freilich, die künftige Bundesregierung hätte ein eigenes, wirkungsvolleres Konzept, wie sie den Menschen in der Sahelzone helfen kann. Erste Schritte wären ein Ausstieg der Bundeswehr und ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg

Der Gordische Knoten hält

Diplomatie Die 2. Berliner Libyen-Konferenz konnte dem Land kaum helfen

■ Sabine Kebir

Abdel Hamid Dbeiba, Chef der neuen Einheitsregierung Libyens, ließ am 20. Juni mit einem Bulldozer einen Erdhügel abräumen. Der blockierte die Küstenstraße zwischen der Einflussphäre des Parlaments in Tobruk und der alten, von der UNO eingesetzten Regierung in Tripolis. Der Premier wollte vor der zweiten Berliner Libyen-Konferenz drei Tage später den Willen seiner Regierung demonstrieren, Stabilität und Einheit zu sanieren. Jedoch musste die Trasse samt ebenfalls geöffnete kleiner Verbindungsstraßen schon nach Stunden erneut geschlossen werden. Sofort hatte es unkontrollierbare militärische Bewegungen gegeben.

Dass der Kampf um Libyen nicht nur dort, sondern auch auf internationaler Ebene weitergeht, hat die Berliner Konferenz unmissverständlich gezeigt. Teilnehmer waren außer Dbeibas Übergangsregierung Gesandte nordafrikanischer Nachbarstaaten, der Afrikanischen Union, der EU, der Türkei und Russlands, komplettiert durch US-Außenminister Antony Blinken. Zwar einigte man sich, den Prozess zu unterstützen, der zu Parlamentswahlen am 24. Dezember führen soll. Aber ungelöst blieb, welche bewaffneten ausländischen Kräfte gehen müssen, um die Souveränität Libyens wiederherzustellen. Die Türkei wollte eine Demission auf Milizen beschränken. Ihre gut 2.000 Mann starken regulären Verbände seien von der vorherigen Regierung unter Fayiz as-Sarradsch offiziell eingeladen

worden. Blinken hingegen wollte einen Rückzug nicht nur der Söldner, sondern aller ausländischen Kontingente, weil die USA die Kräfte der sogenannten Wagner-Gruppe, die dem Ostlibyen beherrschenden General Khalifa Haftar beisteht, für einen vom Krell gesteuerten Verband halten.

Obwohl die Einladung der türkischen Truppen durch eine nicht gewählte Regierung erfolgte, sprach sich Dbeiba für deren vorläufigen Verbleib aus, während seine Außenministerin Nadschla al-Mangusch für den Abzug aller nichtlibyschen Militärs plädiert hat. Allein derart widerstrebende Positionen offenbaren, wie sehr die Übergangsregierung eine Kompromissgeburt der Machtblöcke ist. Dbeiba steht den türkischen Muslimbrüdern nahe, weshalb er nach den Wahlen voraussichtlich nicht weiter regieren wird. Weil wiederum al-Mangusch die Position Haftars vertritt, wird sie in Tripolis von den durch die Einheitsregierung nicht kontrollierten Milizen bedroht. Diese erlauben sich nicht nur Panzeraufmärsche in der Hauptstadt, sondern

versuchen auch schon mal, das Außenministerium zu stürmen.

Falls die türkische Präsenz in Libyen wie in der syrischen Provinz Idlib keine strategische Position des Westens kaschiert, könnten Verhandlungen mit Moskau über die ominöse Wagner-Gruppe sowohl zu deren Abzug wie dem der türkischen Truppen führen. Dass weitere 20.000 Milizionäre Libyen verlassen, ist weitaus komplizierter. Herkunftsländer wie Tunesien, Sudan und der Tschad haben schon erklärt, dass sie diese als Terroristen geltenden Männer nicht „zurücknehmen“ werden. Teile dieser Söldner wenden sich bereits nach Süden, um wieder Basen in der libyschen Sahara zu gründen, womit sie die im Sahel operierenden Gruppen stärken werden. Eben deshalb ist die von General Haftar geführte Libysche Nationalarmee (LNA) zur Offensive in den Südbezirken angetreten, um die Grenzen zu den Nachbarstaaten nicht ohne Kontrolle zu lassen. Da das auch einen Grenzübergang zu Algerien betrifft, der auf einem Erdölfeld liegt, fantasierte der katarische Sender Al Jazeera erneut über Konflikte zwischen Haftar und dem Nachbarland, doch dürfte auch der Regierung in Algier daran liegen, dass keine dschihadistischen Milizionäre einsickern.

Außenminister Maas blieb nur zu ermahnen, dass nichtlibysche Militärs etappenweise das Land verlassen. Angesichts der Äußerung des mit dem Treffen wohl zufriedenen Antony Blinken, Deutschland sei der „beste Freund“ seines Landes, konnte wenigstens die Berliner Regierung einen Konferenzserfolg buchen.

Die türkische Armee möchte bleiben – angeblich auf Einladung der Regierung

Die Verlag 8. Mai GmbH sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

Kulturredakteur (w/m/d) auf Honorarbasis (Stundenzahl nach Absprache).

Es geht um die kreative Mitarbeit in der Redaktion der vierteljährlich erscheinenden Kulturzeitschrift *Melodie & Rhythmus*. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Autorenaquise und -betreuung sowie dem Verfassen und Lektorat von Beiträgen. Eine Anwesenheit in Berlin ist nicht zwingend erforderlich.

Erwartet werden:

- Erfahrung beim Verfassen bzw. Bearbeiten redaktioneller Beiträge
- Beherrschung der wesentlichen journalistischen Formen
- Professionalität beim Korrekturlesen von Texten
- Sicherheit bei der Recherche
- gute bis sehr gute Englischkenntnisse

Erwünscht sind:

- gute Kenntnisse in den Bereichen populäre Musik und Kunstmusik, politischer Film, politische Literatur und politisches Theater sowie bildende Kunst
- besondere Kompetenzen in mindestens einem Spezialgebiet
- politische Bildung und solide Kenntnisse über aktuelle linke (Theorie-)Debatten
- Zuverlässigkeit, präziser Arbeitsstil, Organisationstalent, Teamfähigkeit und Flexibilität

Aussagekräftige Bewerbungsunterlagen schicken Sie bitte an: Verlag 8. Mai GmbH, Bewerbung M&R-Redaktion, Brigitte Jelkmann, Torstraße 6, 10119 Berlin oder an bj@jungewelt.de

verlag 8.mai

Melodie & Rhythmus

MAKING FOR BEWUSSTSEIN

ANZEIGE